

## Der vergessene Kanzler

Kreisky-Festspiele eröffnet; Gram in der ÖVP wegen Klaus / Debatte über neues Wahlrecht im Parlament.

Die **Bruno-Kreisky-Festspiele** sind eröffnet. Am Samstag wird sich der Geburtstag des ehemaligen Kanzlers zum 100. Mal jähren. Vorgestern fanden die ersten großen Veranstaltungen zu seinen Ehren statt. Die Eröffnung der Ausstellung von Karikaturen **Gustav Peichls** vulgo Ironimus am Sonntag beehrten **Karl Blecha**, SPÖ-Zentralsekretär unter, sowie **Gerd Bacher**, ORF-Generalintendant „über“ Kreisky. Im Burgtheater diskutierte man des Abends über den Begriff Avantgarde und Kreiskys Kulturpolitik. „Alles soll gefördert werden – nur nicht die Kunst“, forderte der Galerist **John Sailer**. Darauf erwiderte der Künstler **Peter Weibel**: „Feind hört mit! Das werden sie jetzt auch machen.“ Im Publikum hörten Medienstaatssekretär **Josef Ostermayer** und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin **Laura Rudas** mit – die Kunstministerin **Claudia Schmied** war nicht anwesend.

Trotzdem sind Ostermayer und Rudas die engsten Mitarbeiter des amtierenden SPÖ-Vorsitzenden und Kanzlers **Werner Faymann**, der beim Staatsakt zu Ehren seines großen Vorgängers am Freitag selbstverständlich in der ersten Reihe sitzen wird. So mancher ÖVP-Funktionär grämt sich darüber, dass die ÖVP den 100. Geburtstag ihres „Reformkanzlers“ **Josef Klaus** im Vorjahr nicht annähernd so gefeiert hatte. Bundesobmann **Josef Pröll** hatte zwar bei einem Festakt in Salzburg die Laudatio auf Klaus – bereits in den 60ern ein glü-

hender Europäer – gehalten. Bei der Gedenkfeier in Klaus' Kärntner Heimatgemeinde Kötschach-Mauthen hatte sich jedoch kein Bundespolitiker blicken lassen.

Es ist schon der dritte Anlauf seit 2008 im Parlament für eine Wahlrechtsreform. Zum Symposium geladen hat erneut die „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ von **Heinrich Neisser** (ÖVP), dem früheren Zweiten Nationalratspräsidenten. Die amtierende Erste Präsidentin **Barbara Prammer** eröffnete die Veranstaltung und plädierte wieder für einen „Super-Wahlsonntag“, dafür, alle Wahlen zusammenzulegen und so der Politik für Reformen länger Zeit zu geben. Neisser peilt indes ein neues Wahlrecht an. Dies sei wegen des „großen Potenzials an Unzufriedenheit mit der Politik“ nötig. Der Zwang zur Großen Koalition führe dazu, dass sich eine Partei auf Kosten der anderen profilieren und sie sich damit gegenseitig neutralisieren. Der Grazer Politikwissenschaftler **Klaus Poier** präsentierte den Plan: Demnach sollten Wähler nicht mehr Parteien, sondern Kandidaten ankreuzen. Damit könnten laut Poier „die besten Köpfe für die Politik“ gefunden werden. 100 Parlamentssitze würden in 43 Regionalwahlkreisen vergeben. Die Grüne **Daniela Musiol** hat damit aber ein Problem: Dann wäre, meint sie, die Frauenquote gefährdet.

EVA WEISSENBERGER  
WOLFGANG SIMONITSCH